



**Zwischen Wohlstand und Verarmung:
Deutschland vor der Zerreißprobe.**
Bericht zur regionalen Armutsentwicklung
in Deutschland 2013

Impressum

Herausgeber:

Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
D-10178 Berlin

Telefon +49 (0)30 - 24636-0
Telefax +49 (0)30 - 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.der-paritaetische.de/armutsbericht2013

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Autoren:

Dr. Ulrich Schneider
Gwendolyn Stilling
Christian Woltering
Nina Ricarda Krause

Gestaltung:

Christine Maier

Titelbild:

© Bauer Alex, Dieter Brockmann – Fotolia.com

1. Auflage, Dezember 2013



Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Tel. 030-2 46 36-0
Fax 030-2 46 36-110

www.paritaet.org
info@paritaet.org

Impressum

Herausgeber:

Der Paritätische Gesamtverband
Oranienburger Str. 13-14
D-10178 Berlin

Telefon +49 (0)30 - 24636-0
Telefax +49 (0)30 - 24636-110

E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.der-paritaetische.de/armutsbericht2013

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Autoren:

Dr. Ulrich Schneider
Gwendolyn Stilling
Christian Woltering
Nina Ricarda Krause

Gestaltung:

Christine Maier

Titelbild:

© Bauer Alex, Dieter Brockmann – Fotolia.com

1. Auflage, Dezember 2013

Einleitung

Die Armut sei gestoppt, die Einkommensschere schließe sich sogar wieder – so die Bundesregierung im Wahljahr 2013¹. Mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht im März dieses Jahres glaubte man, den Nachweis dafür erbracht zu haben². Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Mit einer Armutsquote von 15,2 Prozent ist 2012 ein neuerliches, trauriges Rekordhoch erreicht.

Als der Paritätische Wohlfahrtsverband im Mai 2009 zum ersten Mal einen Armutsatlas für Regionen in Deutschland vorlegte³, wurde deutlich, dass Deutschland nicht nur sozial, sondern auch regional ein tief zerrissenes Land ist. Bei dieser ersten regionalen Betrachtung konnte der Verband lediglich auf drei Erhebungswellen – nämlich 2005 bis 2007 – zurückgreifen. Entwicklungen nachzuzeichnen oder gar zu analysieren war auf dieser Datenbasis nicht möglich. Dies gelang erstmalig mit dem Paritätischen Armutsbericht 2011⁴. Durch die Zusammenführung der Erkenntnisse des Armutsatlas einerseits und den seitdem regelmäßig veröffentlichten regionalen Armutsquoten der statistischen Landesämter und des statistischen Bundesamtes⁵ andererseits, konnten erstmalig – mit aller gebotenen Vorsicht – Trends analysiert werden, da regionale Daten nunmehr von 2005 bis 2010 vorlagen. Mit dem Armutsbericht 2013 wird diese Analyse zum zweiten Mal fortgeschrieben. Der Berichtszeitraum reicht mittlerweile von 2005 bis 2012.

Es zeigt sich: Der gefährliche Negativtrend, der sich im letzten Jahr abzuzeichnen begann, wurde deutlich bestätigt. Seit 2006 ist die Armut in Deutschland von 14,0 Prozent auf mittlerweile 15,2 Prozent gestiegen. Gerade auch mit Blick auf die Regionen treten besorgniserregende Entwicklungen zu Tage: Mehrjährig positive Trends in Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen sind zum Erliegen gekommen, positive Trends in Brandenburg oder Hamburg scheinen sich nun endgültig gedreht zu haben. Während die Länder mit vergleichsweise sehr niedrigen Armutsquo-

ten – Baden-Württemberg und Bayern – ihre Position noch einmal verbessern konnten, verschlechterte sich zugleich die Situation bei denjenigen Ländern, die ohnehin mit Armutsquoten von über 20 Prozent weit abgeschlagen waren: Sachsen-Anhalt, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen. Die Befunde des vorliegenden Armutsberichts 2013 geben daher Anlass zu tiefer Sorge. Die Kluft zwischen bundesdeutschen Wohlstandsregionen auf der einen Seite und Armutsregionen auf der anderen Seite wächst stetig und deutlich. Die sozialen und regionalen Fliehkräfte, gemessen an der Einkommensspreizung, nehmen seit 2006 in Deutschland dramatisch zu. Deutschland steht vor der Zerreißprobe.

Methodische Anmerkungen

Die amtlichen Armutsquoten, mit denen in dieser Bilanz gearbeitet wird, beruhen auf dem Mikrozensus, einer groß angelegten jährlichen Befragung von Haushalten in Deutschland, die als die valideste Datenquelle angesehen werden kann, wenn es um die Ermittlung von Armutsquoten geht, und die in der Lage ist, die Quoten relativ zeitnah zu bieten.

Der Mikrozensus ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik. Nach einer Zufallsstichprobe werden etwa 1 Prozent aller Haushalte in Deutschland befragt. Dies sind ca. 390.000 Haushalte mit etwa 830.000 Personen⁶. Die Teilnahme am Mikrozensus ist gesetzlich verpflichtend. Für die wesentlichen Fragen, so auch über das Nettoeinkommen des Haushaltes, besteht ausdrückliche Auskunftspflicht. Durch die hohe Haushalts- und Personenzahl sind zudem relativ tiefe regionale Analysen möglich, ohne dass die statistischen Unsicherheiten zu groß werden. Der Mikrozensus ist damit nicht nur aktueller sondern im Grunde auch präziser als beispielsweise die Datenquellen EU-SILC und SOEP.⁷

1 Interview mit Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vom 6.5.2013. <http://www.bild.de/politik/inland/ursula-von-der-leyen/warum-ich-nicht-mehr-kanzlerin-werde-30276766.bild.html> [16.10.2013].

2 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.

3 Der Paritätische Gesamtverband (2009): Unter unseren Verhältnissen – Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Berlin.

4 Der Paritätische Gesamtverband (2011): Von Verhärtungen und neuen Trends – Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011. Berlin.

5 Amtliche Sozialberichterstattung. <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de> [21.11.2013]

6 Statistisches Bundesamt. <http://www.destatis.de/DE/Methoden/SUFMikrozensus.html> [21.11.2013].

7 Schneider, Ulrich (2009): Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand. Frankfurt am Main.

Bei der Berechnung der „relativen Armutsquoten“ werden, wie mittlerweile in der EU üblich, Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen bei weniger als 60 Prozent des mittleren (Median) bedarfsgegewichteten Einkommens in Deutschland liegt. Es wird in diesen Fällen üblicherweise von Armutsnähe oder Armutsgefährdung gesprochen. Theoretisch zeigt die Armutsgefährdungsquote damit erst einmal vor allem Einkommensspreizungen in einer Gesellschaft an. Ob tatsächlich von Einkommensarmut gesprochen werden sollte, hängt in der Tat unter anderem von den konkreten Schwellenwerten ab.

2012 lag die so errechnete, quasi-amtliche Armutsgefährdungsschwelle für einen Singlehaushalt bei 869 Euro. Für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren lag sie bei 1.826 Euro. Die 60-Prozent-Grenze liegt damit für den Alleinlebenden noch relativ deutlich über der durchschnittlichen Hartz-IV-Bedarfsschwelle von 651 Euro, berechnet nach Regelbedarf und durchschnittlichem Anspruch an Wohnkostenübernahme. Diese Schwelle kann jedoch, abhängig von der örtlichen Mietsituation durchaus auch bis zu 790 Euro wie in Wiesbaden betragen. Bei der angesprochenen Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren betrug die Differenz im Durchschnitt sogar nur noch durchschnittlich 101 Euro.⁸

Angesichts der Tatsache, dass die Hartz-IV-Regelsätze in 2012 keinesfalls bedarfsdeckend, sondern haushaltspolitisch motiviert um rund 30 Prozent zu niedrig bemessen waren, stellt daher die 60-Prozent-Armutsgefährdungsgrenze eine in ihrer Höhe plausible Kennziffer zur Bestimmung von Einkommensarmut dar. Auch aus diesem Grunde sprechen wir in diesem Bericht der Einfachheit halber nicht von „Armutsgefährdungsquoten“, sondern von „Armutsquoten“.

Regelmäßig wird bei der Veröffentlichung solcher Quoten immer wieder neu die Frage gestellt, ob es sinnvoll sei, eine einheitliche Armutsschwelle für die gesamte Bundesrepublik als Messlatte der Entwicklung anzusetzen. Dürfen Einkommensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt mit denen in Hamburg oder München verglichen werden? Darf man das Ruhrgebiet mit Stuttgart „über einen Kamm scheren“?

Diese Frage ist vor allem eine politische Frage. Unter methodischen Gesichtspunkten würde die sehr kleinräumige Berechnung regionaler Armutsschwellen dazu führen, dass die Armut schlicht „verschwindet“. Wo keiner etwas besitzt, gibt es auch keine Einkommensungleichheit und damit keine Armut. Wo Unterversorgung der Standard ist, können keine relativen Armutsquoten berechnet werden. Oder salopp formuliert: Im Armenhaus gibt es keine relative Armut.

Die politische Brisanz der Frage, ob ein regionaler oder ein überregionaler Schwellenwert gewählt wird, liegt auf der Hand. Wer bspw. in einer Stadt wie Berlin darauf bestehen würde, regionale Armutsschwellen für den Villenstadtteil Grunewald einerseits und Neukölln andererseits anzulegen, wird nicht mehr in der Lage sein, soziale Schieflagen, Einkommensungleichheiten und Armut und Ausgrenzung zwischen diesen beiden Stadtteilen abbilden zu können.

Wer, im Sinne der in Artikel 72 des Grundgesetzes geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Deutschland als Gemeinwesen und nationale soziale Zerrissenheit als politisches Problem begreift, wird nicht umhin kommen, eine bundesweite Armutsschwelle zu definieren, an der sich die regionalen Verhältnisse zu messen haben.

⁸ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen.

Gefährlicher Negativtrend: Armut auf neuem Rekordhoch

Noch in diesem Frühjahr stellte die Bundesregierung euphemistisch fest: Die relativen Einkommensarmutsquoten hätten zwar bis 2005 zugenommen, verliefen seitdem jedoch ziemlich konstant.⁹ Und mehr noch: Die Einkommensschere schließe sich wieder¹⁰ – eine frohe Botschaft, die die Republik noch über den ganzen Wahlkampf hinweg begleiten sollte. Die Bundesregierung bezog sich dabei insbesondere auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Oktober 2012¹¹. Worauf dabei bewusst nicht hingewiesen wurde: Die Daten des DIW bezogen sich auf das Jahr 2010, für das auch andere Akteure wie das Statistische Bundesamt auf der Basis des Mikrozensus eine gegenüber 2009 leicht gesunkene Armutsquote (von 14,6 auf 14,5 Prozent) errechnet hatten. In 2011 jedoch – und diese Zahlen lagen im Oktober 2012 durchaus schon vor – stieg die Armutsquote wieder sprunghaft an und überschritt erstmalig die 15-Prozent-Marke.¹²

Die für diesen Bericht spannende Frage war, ob die sehr hohe Armutsquote 2011 einen einmaligen „Ausreißer“ darstellte oder ob die Daten aus 2012 diese Entwicklung bestätigen würden. Tatsächlich zeigt, nachdem sich in den letzten Jahren kein wirklich klares Bild im Sinne eines zweifelsfreien Trends ergab, der Armutsbericht 2013 nunmehr einen ganz klaren Trend wachsender Armut für die Bundesrepublik Deutschland. Die Armut wuchs von 2006 bis 2012 sukzessive von 14,0 Prozent auf den Spitzenwert von 15,2 Prozent. Dieser Trend wurde in 2010 lediglich leicht gebremst, aber nicht gestoppt und erst recht nicht umgedreht. (⇒Grafik 1)

Grafik 1: Armuts- und Wirtschaftsentwicklung seit 2005



9 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin: S. IX f.

10 Interview mit Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vom 6.5.2013. <http://www.bild.de/politik/inland/ursula-von-der-leyen/warum-ich-nicht-mehr-kanzlerin-werde-30276766.bild.html> [16.10.2013].

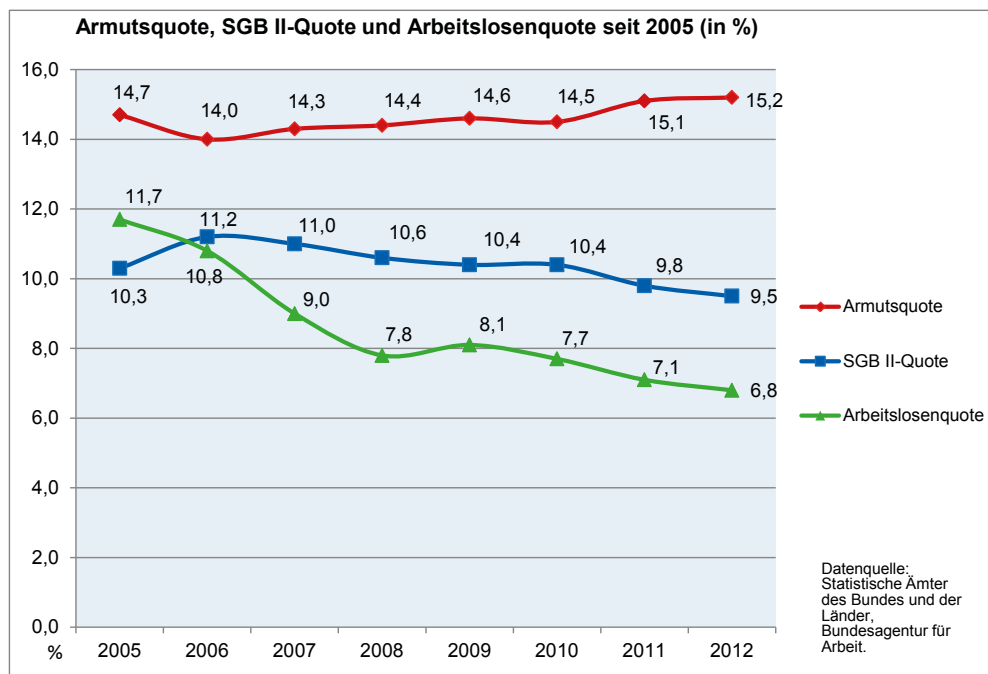
11 DIW Wochenbericht Nr. 43/2012.

12 Der Paritätische Gesamtverband (2012): Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012. Berlin.

Interessant ist der Blick auf das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenquote 2012. Noch in 2011 hatten wir es mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum von real 3,9 Prozent, einer spürbar sinkenden Arbeitslosenquote (von 7,7 Prozent in 2010 auf 7,1 Prozent) und einer sinkenden SGB-II-Quote (von 10,4 auf 9,8 Prozent) zu tun (⇒ Grafik 2). Gleichzeitig sprang jedoch die Armutsquote von 14,5 auf 15,1 Prozent – „ein unübersehbarer Fingerzeig auf Niedriglöhne und prekäre, nicht auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse (...). Die guten statistischen Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik werden offensichtlich mit einer Amerikanisierung des Arbeitsmarktes, dem Phänomen der ‚working poor‘ erkaufte“, wie der Paritätische vor einem Jahr schlussfolgerte.¹³

Im Jahr 2012 zeigt sich dagegen das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes mit real nur 0,9 Prozent deutlich abgeschwächt. Die Arbeitslosenquote (6,8 Prozent) und die SGB-II-Quote (9,5 Prozent) sind gegenüber dem Vorjahr mit -0,3 Prozentpunkten fast unverändert. Theoretisch wäre ein nochmaliger sehr deutlicher Anstieg der Armutsquote durchaus erwartbar gewesen. Tatsächlich fiel er jedoch mit 0,1 Prozentpunkten außerordentlich moderat aus. Erneut bestätigt sich, was der Verband ebenfalls bereits im letzten Jahr konstatierte: „Die Armutsentwicklung hat sich, so zeigen die Daten, endgültig von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt“¹⁴ – und zeigt mittelfristig einen deutlichen Trend nach oben, wie wir heute hinzufügen müssen.

Grafik 2: Armutsquote, SGB II-Quote und Arbeitslosenquote seit 2005 (in %)



¹³ Der Paritätische Gesamtverband (2012): Positive Trends gestoppt, negative Trends beschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012. Berlin: S. 3 f..

¹⁴ ebd.

Länder und Regionen

Länderranking

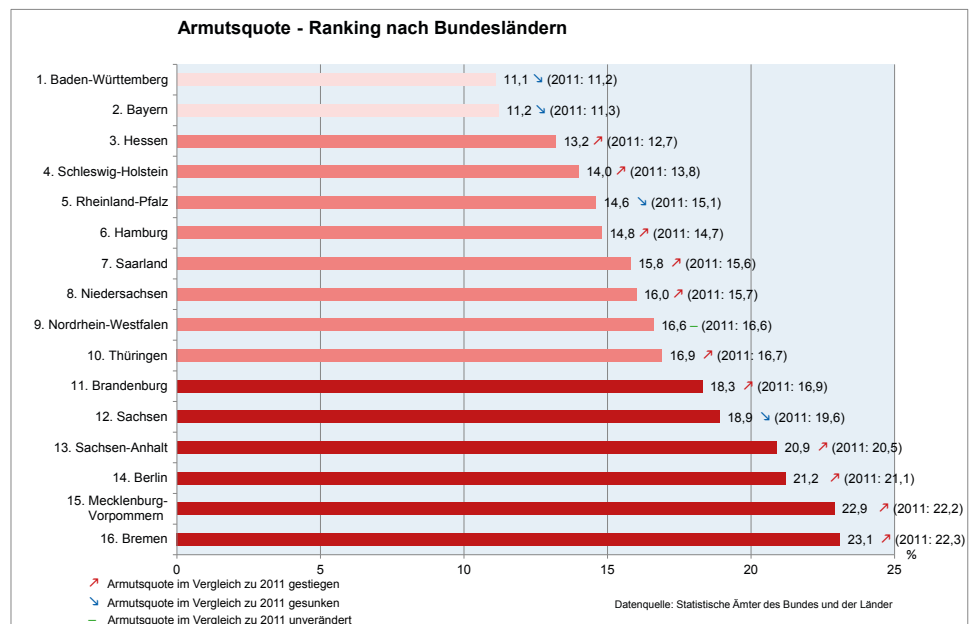
Im Länderranking (⇒Grafik 3) hat sich kaum etwas verschoben. Rheinland-Pfalz und Hamburg haben den 5. und 6. Platz getauscht. Ansonsten ist die Rangfolge wie im Jahr 2011.

Allerdings zeigt der Ländervergleich auch durchaus besorgniserregende Entwicklungen. Die Kluft zwischen „reichen“ und „armen“ Ländern wird immer größer. Die bundesweiten Durchschnittszahlen verdecken, dass zwar vier Länder in 2012 eine positive Entwicklung im Sinne abnehmender Armutsquoten (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen) aufweisen und Nordrhein-Westfalen unverändert ist, dass aber gleich elf Länder schlechtere Werte als im Vorjahr haben (⇒Tabelle 1, S. 6).

Die Rangreihe zeigt eine deutliche Kontur von drei Blöcken von Bundesländern. Wie auch in den letzten Jahren fällt der Süden Deutschlands mit Baden-Württemberg (11,1 Prozent) und Bayern (11,2 Prozent) positiv aus dem Gesamtbild heraus. Durch ihre weiterhin positive Entwicklung einerseits, und der negativen Entwicklung der meisten anderen Bundesländer andererseits, konnten sich Baden-Württemberg und Bayern sogar noch weiter vom Mittelfeld absetzen. Betrag der Abstand zum drittplatzierten Hessen (13,2 Prozent) 2011 nur 1,4 Prozentpunkte, so sind es 2012 bereits 2 Prozentpunkte.

Hinter Bayern folgt das große Mittelfeld, das sich plus/minus 3 Prozentpunkte um den bundesweiten Mittelwert von 15,2 Prozent gruppiert. Es sind die Länder Hessen (13,2 Prozent), Schleswig-Holstein (14,0 Prozent), Rheinland-Pfalz (14,6 Prozent) und Hamburg (14,8 Prozent) mit noch unterdurchschnittlichen Armutsquoten sowie die Länder Saarland (15,8 Prozent), Niedersachsen (16,0 Prozent), Nordrhein-Westfalen (16,6 Prozent) und Thüringen (16,9 Prozent) mit Werten leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Grafik 3: Armutsquote – Ranking nach Bundesländern



Gleich sechs Länder – im Vorjahr waren es noch fünf – liegen mit mehr als 3 Prozentpunkten ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Neu hinzugekommen ist Brandenburg (18,3 Prozent), wo die Armutsquote gleich um 1,4 Prozentpunkte anstieg und das nun nicht mehr dem Mittelfeld zugerechnet werden kann. Des Weiteren handelt es sich um Sachsen (18,9 Prozent), Sachsen-Anhalt (20,9 Prozent), Berlin (21,2 Prozent) sowie – mittlerweile noch weiter abgeschlagen als im Vorjahr – Mecklenburg-Vorpommern (22,9 Prozent) und das Schlusslicht Bremen (23,1 Prozent).

Kennzeichnend ist somit, dass im selben Jahr auf der einen Seite die Spitzenreiter Baden-Württemberg und Bayern ihre Position verbessern konnten, während auf der anderen Seite die Gruppe derjenigen Bundesländer, die besonders stark von Armut betroffen sind, gewachsen ist. Gerade die Länder, die bereits 2011 Armutsquoten von über 20 Prozent aufwiesen, haben sich noch einmal – und im Falle Mecklenburg-Vorpommerns und Bremens sogar sehr deutlich – verschlechtert. Lediglich dem Umstand, dass fast die Hälfte der Einwohner Deutschlands in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen und somit in Bundesländern lebt, deren Armutsquote sich nicht verschlechtert hat,

ist es zu verdanken, dass im Bundesdurchschnitt der Anstieg mit 0,1 Prozentpunkten noch so moderat ausfiel.

Unterhalb dieser Durchschnittsberechnung reißt jedoch der soziale Graben zwischen den Regionen

(wieder) spürbar auf. Hatte sich die Armutsspanne zwischen den Ländern zwischen 2007 und 2011 noch sukzessive verkleinert (von 14,3 Prozentpunkten auf 11,1 Prozentpunkte zwischen dem ersten und dem letzten Rankingplatz), so hat sich der Abstand 2012 wieder auf 12 Prozentpunkte vergrößert.

Tabelle 1: Armutsquote und SGB II-Quote nach Bundesländern seit 2005 (in %)

Armutsquote und SGB II-Quote nach Bundesländern seit 2005 (in %)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Baden-Württemberg	Armutsquote	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9	11,0	11,2	11,1
	SGB II-Quote	5,5	6,0	5,8	5,4	5,5	5,7	5,2	4,9
Bayern	Armutsquote	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1	10,8	11,3	11,2
	SGB II-Quote	5,2	5,6	5,3	4,9	4,9	4,9	4,4	4,1
Berlin	Armutsquote	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	21,1	21,2
	SGB II-Quote	19,6	21,7	22,1	21,7	21,4	21,4	21,1	20,0
Brandenburg	Armutsquote	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7	16,3	16,9	18,3
	SGB II-Quote	16,1	17,5	17,2	16,4	15,5	14,8	13,9	13,4
Bremen	Armutsquote	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	22,3	23,1
	SGB II-Quote	18,4	19,5	19,1	18,6	18,1	18,5	18,1	17,8
Hamburg	Armutsquote	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
	SGB II-Quote	13,4	14,4	14,3	14,0	13,7	13,7	13,0	12,4
Hessen	Armutsquote	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4	12,1	12,7	13,2
	SGB II-Quote	8,6	9,5	9,4	9,1	9,1	9,1	8,5	8,3
Mecklenburg-Vorpommern	Armutsquote	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1	22,4	22,2	22,9
	SGB II-Quote	19,8	21,1	20,6	19,2	17,9	17,2	16,1	15,6
Niedersachsen	Armutsquote	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3	15,3	15,7	16,0
	SGB II-Quote	10,2	11,1	11,0	10,7	10,3	10,3	9,7	9,4
Nordrhein-Westfalen	Armutsquote	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2	15,4	16,6	16,6
	SGB II-Quote	10,8	11,7	11,7	11,5	11,4	11,7	11,3	11,2
Rheinland-Pfalz	Armutsquote	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2	14,8	15,1	14,6
	SGB II-Quote	7,5	8,1	8,0	7,7	7,5	7,7	7,0	6,9
Saarland	Armutsquote	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,6	15,8
	SGB II-Quote	9,9	10,8	10,8	10,4	10,3	10,4	9,7	9,4
Sachsen	Armutsquote	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5	19,4	19,6	18,9
	SGB II-Quote	16,6	17,9	17,5	16,7	16,1	15,6	14,4	13,6
Sachsen-Anhalt	Armutsquote	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8	19,8	20,5	20,9
	SGB II-Quote	19,6	20,8	20,5	19,9	19,1	18,4	17,3	17,0
Schleswig-Holstein	Armutsquote	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0	13,8	13,8	14,0
	SGB II-Quote	10,8	11,5	11,3	10,9	10,5	10,5	10,1	9,9
Thüringen	Armutsquote	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1	17,6	16,7	16,9
	SGB II-Quote	14,4	15,5	15,3	14,3	13,7	13,3	11,9	11,3

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Trends

Genau wie im Bund sind auch bei den Bundesländern neben Momentaufnahmen vor allem längerfristige Trends von Bedeutung (⇒ Grafiken 7–22, Anhang: S. 19ff.). Hier von sprechen wir, wenn im Auf und Ab der Daten kontinuierliche und signifikante Entwicklungen über mehrere Jahre zu erkennen sind. Bei solcher Betrachtungsweise fallen vor allem folgende Ergebnisse ins Auge:

Die positiven Trends, die insbesondere in Brandenburg und Thüringen seit 2005 und in Mecklenburg-Vorpommern seit 2007 im Sinne einer Jahr für Jahr zurückgehenden Armutsquote zu beobachten waren, sind in 2012 allesamt gestoppt. (⇒ Grafik 4)

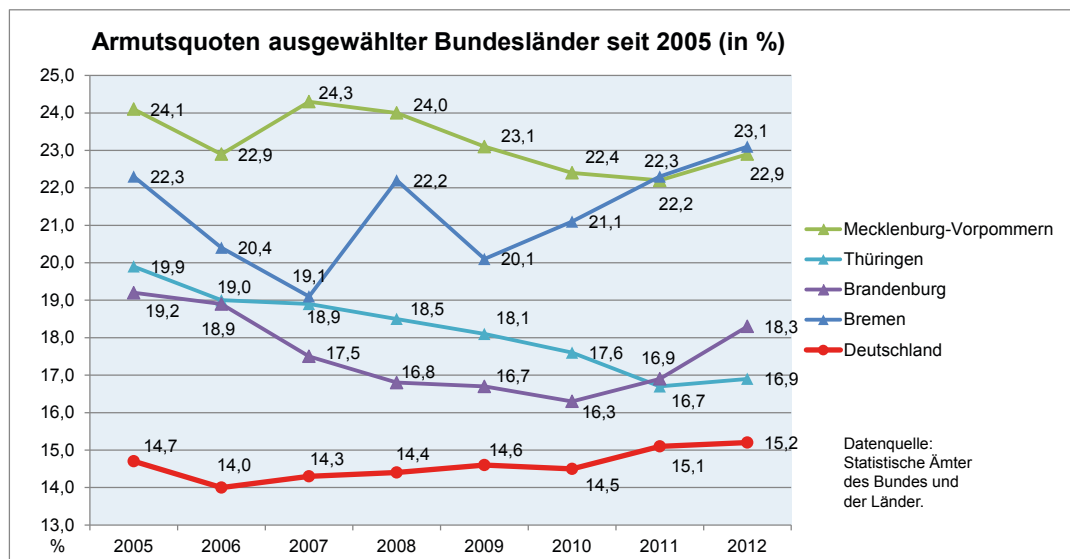
- Nachdem die Armutsquote in **Mecklenburg-Vorpommern** seit 2007 vier Jahre hintereinander von 24,3 auf 22,2 Prozent fiel, ist sie in 2012 erstmals wieder auf 22,9 Prozent angestiegen.
- In **Thüringen** fiel die Quote von 19,9 Prozent in 2005 kontinuierlich auf 16,7 Prozent in 2011, um dann jedoch erstmals wieder (auf 16,9 Prozent) anzusteigen.
- Brandenburg** zeigte nach einer sehr guten und kontinuierlichen Entwicklung zwischen 2005 (19,2 Prozent) und 2010 (16,3 Prozent) bereits in 2011 einen leichten Anstieg der Armutsquote auf 16,9 Prozent, der sich 2012 mit 18,3 Prozent sehr deutlich fortsetzte.

- Ein negativer Trend ist auch beim Schlusslicht **Bremen** zu identifizieren: Es ist nicht nur seit 2011 das Land mit der höchsten Armutsquote in Deutschland, auch steigt die Quote nunmehr bereits im dritten Jahr hintereinander (von 20,1 Prozent auf 23,1 Prozent), so dass man – bei aller gebotenen Vorsicht – von einem neuen Trend sprechen kann.

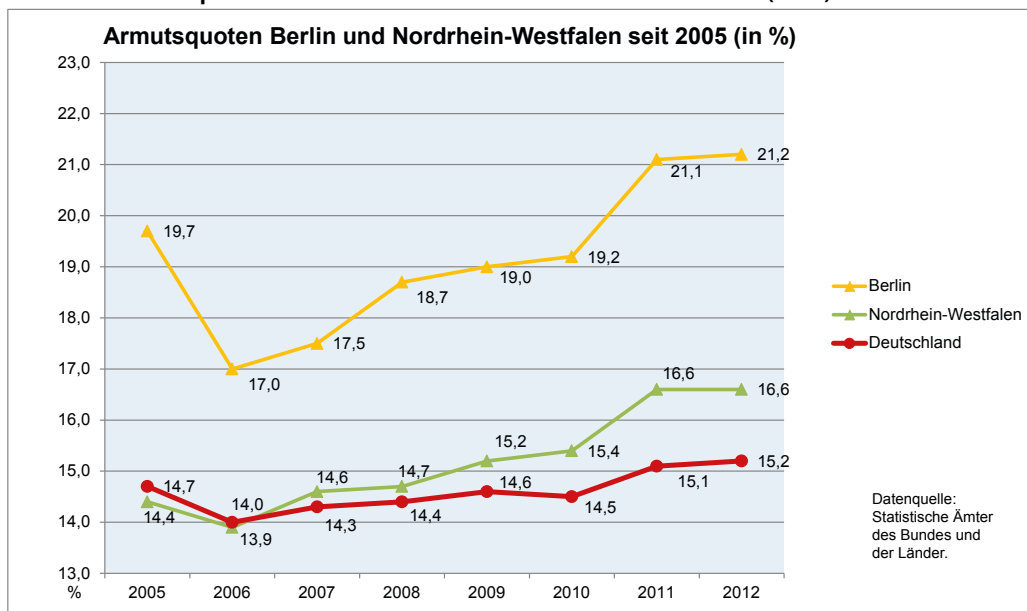
Positiv ist hervorzuheben, dass die besonders schlechte langjährige Entwicklung in Berlin und in Nordrhein-Westfalen erst einmal erheblich verlangsamt bzw. gestoppt werden konnte – was die Quoten im Landesdurchschnitt anbelangt (⇒ Grafik 5).

- Nachdem in **Berlin** die Armut zwischen 2006 und 2011 um jahresdurchschnittlich rund 0,5 Prozentpunkte von 17 auf 21,1 Prozent anstieg, betrug der Anstieg in 2012 nur noch 0,1 Prozentpunkte.
- In **Nordrhein-Westfalen**, das 2006 sogar noch eine im bundesweiten Vergleich unterdurchschnittliche Armutsquote hatte, nahm die Armutsquote seitdem ebenfalls kontinuierlich um jahresdurchschnittlich 0,4 Prozentpunkte auf bis zu 16,6 Prozent in 2011 zu. Diese Entwicklung konnte 2012 erstmalig gestoppt werden.

Grafik 4: Armutsquoten ausgewählter Bundesländer seit 2005 (in %)



Grafik 5: Armutsquoten Berlin und Nordrhein-Westfalen seit 2005 (in %)



Regionen

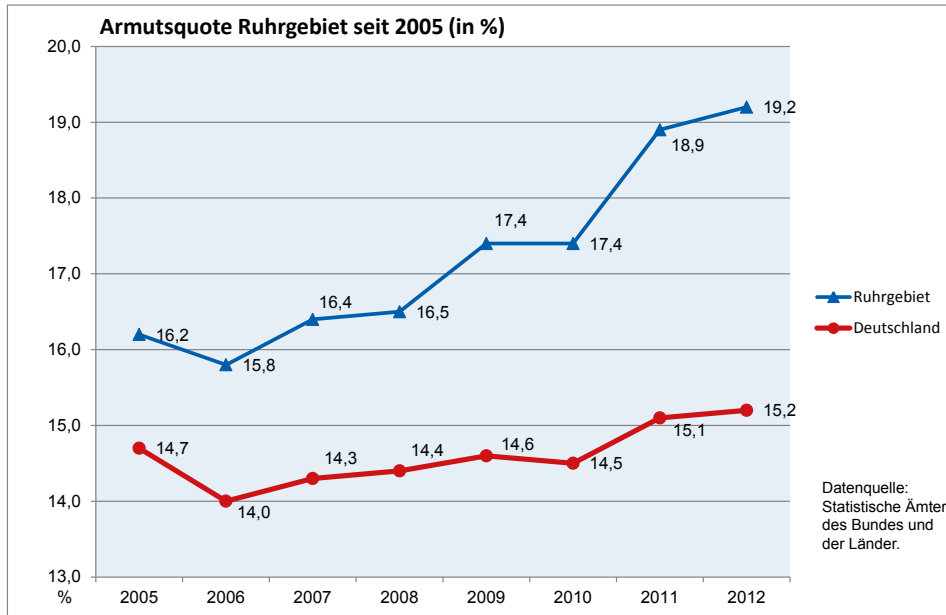
Für Nordrhein-Westfalen muss festgestellt werden: Das große und einwohnerstarke Flächenland zeigt regional ein sehr uneinheitliches Bild. Der Stopp in der Armutsentwicklung ist vor allem auf sehr günstige Entwicklungen in den Regionen Aachen (-1,1 Prozentpunkte), Bielefeld (-0,9 Prozentpunkte) und Paderborn (-2,1 Prozentpunkte) zurückzuführen. Zugleich hat in der Region

Bonn die Armutsquote um 0,8 Prozentpunkte auf 13,5 Prozent, in der Region Siegen um 1 Prozentpunkt auf 15,2 Prozent zugenommen. Ausgerechnet in der ohnehin abgeschlagenen Region Dortmund zog die Armutsquote noch einmal um gleich 1,2 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent an! (⇒ Tabelle 2; Tabelle 5, Anhang: S. 14)

Tabelle 2: Armutsquote im Ruhrgebiet seit 2005 (in %).

Armutsquote im Ruhrgebiet seit 2005 (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ruhrgebiet	16,2	15,8	16,4	16,5	17,4	17,4	18,9	19,2
Raumordnungsregion 41 Duisburg/ Essen	15,5	14,5	15,8	14,8	16,6	16,0	18,0	18,3
Raumordnungsregion 43 Bochum/ Hagen	15,1	15,0	16,0	17,0	16,5	17,1	17,7	17,2
Raumordnungsregion 40 Emscher-Lippe	17,7	17,4	16,6	17,3	17,4	18,3	19,7	19,7
Raumordnungsregion 39 Dortmund	17,4	17,7	18,0	18,2	19,9	19,7	21,6	22,8

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen.

Grafik 6: Armutsquote Ruhrgebiet seit 2005 (in%)


Insbesondere für das Ruhrgebiet, das wir in unserem Armutsbericht 2011 neben Berlin erstmalig als besondere Armutsregion in Deutschland identifizierten, kann keinerlei Entwarnung gegeben werden.¹⁵ Ganz im Gegenteil: Die Armutsquote im Ruhrgebiet nahm in 2012 noch einmal überproportional um 0,3 Prozentpunkte zu (⇒Grafik 6). Ganz gegen den Bundes- und auch den Landestrend zeigt das Ruhrgebiet nach wie vor eine völlig ungebremste Armutsentwicklung. Um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte nahm hier die Armut seit 2006 pro Jahr zu, um insgesamt 21,5 Prozent auf eine Armutsquote von zuletzt 19,2 Prozent.

Besonders gravierend – auch in 2012 – die Entwicklungen in den Städten Dortmund und Duisburg, wo die Armutsquoten noch einmal um 2,2 Prozentpunkte auf 26,4 Prozent bzw. um 1,6 Prozentpunkte auf 25,1 Prozent hochschnellten. Damit ist die Armutsquote in Dortmund seit 2005 um über 42 Prozent, in Duisburg sogar um 48 Prozent gestiegen (⇒Tabelle 3, S. 10). Diese Entwicklung kommt angesichts des bereits sehr hohen Ausgangsniveaus einem armutspolitischen Erdrutsch gleich.

Die besondere Dramatik der Entwicklung im Ruhrgebiet ergibt sich nicht nur aus der Höhe der Armutsquote, die sozusagen zwischen denen von Sachsen und Sachsen-Anhalt liegt. Sie ergibt sich vor allem aus der ungebremsten Dynamik und aus der Tatsache, dass das Ruhrgebiet mit über fünf Millionen Einwohnern das größte Ballungsgebiet Deutschlands ist.

¹⁵ Der Paritätische Gesamtverband (2011): Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011. Berlin: S. 8 f..

Tabelle 3: Armutsquote in ausgewählten Großstädten seit 2005 (in %)

Armutsquote in ausgewählten Großstädten seit 2005 (in %)	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	21,1	21,2
Bremen	21,4	18,3	18,1	22,0	19,5	20,5	21,3	22,3
Dortmund	18,6	20,2	20,5	21,3	22,2	23,0	24,2	26,4
Dresden	20,7	20,2	22,5	21,5	19,3	19,6	20,0	20,2
Duisburg	17,0	16,2	22,2	19,2	22,9	21,5	23,5	25,1
Düsseldorf	13,8	14,6	15,7	13,8	14,1	15,4	19,2	17,6
Essen	17,7	13,9	12,6	16,3	16,8	17,8	19,8	20,0
Frankfurt am Main	13,7	13,6	12,7	13,7	14,7	13,8	15,6	15,2
Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
Hannover	21,0	19,8	20,5	22,2	21,6	21,3	22,6	22,4
Köln	18,0	16,1	16,9	16,8	17,4	17,3	20,0	20,5
Leipzig	23,9	23,6	25,3	27,0	27,2	26,4	25,0	25,9
München	10,9	9,8	10,8	9,8	10,9	10,7	11,8	11,4
Nürnberg	18,1	17,3	18,9	17,3	17,8	18,4	19,6	17,5
Stuttgart	13,0	13,6	13,2	14,2	14,7	13,9	15,1	13,4

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Regionale Armutsspiralen

Auch wenn der Anstieg der Armut von 2011 auf 2012 mit 0,1 Prozentpunkten sehr moderat war, wird in Betrachtung der Länderquoten deutlich, dass sich die Kluft zwischen wohlhabenden und armen Regionen in Deutschland zum ersten Mal seit Jahren wieder vergrößert. Der nur moderate Anstieg ist ein Saldo aus guten Entwicklungen in den bereits vorher gut gestellten Ländern Bayern und Baden-Württemberg auf der einen Seite und Armutszuwächsen in unterschiedlicher Größenordnung in sehr problematischen Ländern wie Sachsen-Anhalt, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen und vor allem im größten Ballungsgebiet Deutschlands, dem Ruhrgebiet, auf der anderen Seite. Der Bundesdurchschnittswert darf also nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht nur die sozialen, sondern auch die regionalen Fliehkräfte in Deutschland zugenommen haben: Den wohlhabenden Regionen geht es immer besser, den „Armutsräumen“ immer schlechter.

Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, wird deutlich, wie unterschiedlich die Bundesländer in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind (⇒ Tabelle 4, S. 11). Die Unterschiede in den Flächenländern (die Stadtstaaten müssen aufgrund ihrer speziellen Situation als „Pendlerstädte“ separat betrachtet werden) variieren zwischen 22.241 Euro pro Kopf in Thüringen und 37.656 Euro pro Kopf in Hessen. Demnach wird in Hessen mehr als 1,5-mal so viel Geld pro Kopf erwirtschaftet, als es in Thüringen der Fall ist (Bundesdurchschnitt: 32.281 Euro pro Kopf). Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Armut in einem Bundesland und der dortigen Wirtschaftsleistung. So haben alle Flächenländer mit überdurchschnittlicher Armutsquote ein BIP pro Kopf das (mithin deutlich) unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt.

Konkret bedeutet dies, dass ganze Regionen in dramatische Abwärtsspiralen geraten oder sich bereits

Tabelle 4: Armutsquote, BIP je Einwohner und strukturelles Defizit nach Bundesländern in 2012

Armutsquote, BIP je Einwohner und strukturelles Defizit nach Bundesländern in 2012	Armutsquote 2012 (in %)	BIP je Einwohner 2012 (in Euro)	Strukturelles Defizit gegenüber den Gesamtausgaben in 2012 (in %)
Baden-Württemberg	11,1	36.019	1,9
Bayern	11,2	36.865	kein Defizit
Berlin	21,2	29.455	0,7
Brandenburg	18,3	23.179	1,3
Bremen	23,1	41.897	24,4
Hamburg	14,8	53.091	7,4
Hessen	13,2	37.656	5,2
Mecklenburg-Vorpommern	22,9	22.620	0,4
Niedersachsen	16,0	29.032	4,5
Nordrhein-Westfalen	16,6	32.631	4,1
Rheinland-Pfalz	14,6	29.431	4,3
Saarland	15,8	31.364	21,4
Sachsen	18,9	23.400	kein Defizit
Sachsen-Anhalt	20,9	22.933	kein Defizit
Schleswig-Holstein	14,0	27.220	9,3
Thüringen	16,9	22.241	1,3

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, IW-Köln, eigene Berechnungen.

mittendrin befinden. Wenn aber die wachsende individuelle Armut auf eine massive öffentliche Finanznot trifft, wenn ausgerechnet dort die öffentliche Infrastruktur wegbricht, wo die Menschen am meisten darauf angewiesen wären, wenn immer mehr Fachkräfte und Familien wegziehen an attraktivere Standorte, wo sie auch Arbeit finden, werden auch Investitionen und die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen ausbleiben. Kurz: Es entstehen regionale Armutsspiralen und Verwerfungen, die allein durch die Akteure vor Ort, ohne massive finanzielle Unterstützung von außen, in diesem Fall von Bund oder Ländern, weder gestoppt noch umgekehrt werden können.

Die Situation wird durch die so genannte im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ noch verschärft. Diese verbietet allen Bundesländern ab dem Jahr 2020 ihr strukturelles (also um die konjunkturellen Einflüsse bereinigtes) Haushaltsdefizit durch Kreditaufnahme

auszugleichen. Einigen Ländern, wie Sachsen oder Bayern, wird es leichter fallen, diese Vorgaben zu erfüllen. Sie haben bereits im Jahr 2012 schwarze Zahlen geschrieben. Allerdings wurden diese „schwarzen Zahlen“ beispielsweise in Sachsen und Sachsen-Anhalt durch Ausgabenkürzungen unter anderem im sozialen Bereich erreicht, die vor dem Hintergrund wachsender Armutsquoten außerordentlich kritisch zu bewerten sind. Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen müssten zwischen vier und fünf Prozent ihres Haushaltes einsparen, um auf eine ausgeglichene Bilanz zu kommen. Dies sind im Falle Nordrhein-Westfalens mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr. Besonders hart wird es voraussichtlich für Bremen und das Saarland. Beide haben ein strukturelles Defizit, das zwischen 20 und 25 Prozent der bereinigten Ausgaben des jeweiligen Landes liegt. Beide Länder müssten also rund ein Fünftel bis ein Viertel ihrer Ausgaben kürzen, um die Schuldenbremse unter

den jetzigen Bedingungen einzuhalten (geht man von gleichbleibenden Einnahmen aus). Dies führt geradezu zwangsläufig zu Kürzungen bei den so genannten „freiwilligen Leistungen“ und damit vor allem im sozialen Bereich sowie bei Kultur, Bildung und Sport.

Momentan kann darüber hinaus niemand absehen, wie der 2019 auslaufende Länderfinanzausgleich in Zukunft gestaltet wird, zumal die reichen Geberländer Bayern und Hessen bereits Klage eingereicht haben. Sollten die finanzschwachen Bundesländer zukünftig geringere Ausgleichszahlungen als bisher bekommen, würde sich ihre ohnehin schon prekäre Finanzlage noch weiter verschärfen. Der Riss zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern, zwischen wohlhabenden und armen Regionen, würde sich weiter vertiefen.

Diesem Trend entschlossen entgegenzutreten, ist nicht nur eine Frage der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. Was auf dem Spiel steht, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt und letztlich der Lebensstandort Deutschland.

Die armutspolitische Agenda ist im Grunde hinlänglich bekannt. Sie reicht von Mindestlöhnen über die Bekämpfung arbeitsmarktpolitischer Verwerfungen bei Zeitarbeit bis zur prekären Beschäftigung. Sie umfasst Transferleistungen für einkommensschwache Familien ebenso wie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Erziehungsaufgaben und Beruf oder Pflege und Beruf. Es geht um Programme für langzeitarbeitslose schwer Vermittelbare ebenso wie um die Bezahlbarkeit von Wohnen und Energie.

Was der Armutsbericht 2013 in aller Deutlichkeit zeigt: Eine offensive Armutspolitik wird vor allem nicht darum herum kommen, sich der regionalen Problematik der Armut in Deutschland zu stellen. Nicht nur unter sozialen, auch unter regionalen Gesichtspunkten geht es um die Eindämmung von Fliehkräften, um unsere Gesellschaft vor Zerreißproben zu schützen, und es geht um die Herstellung von Solidarität – von reichen mit armen Menschen und reichen mit armen Regionen. Angesichts der Tatsache, dass wir es heute bereits mit ganzen Armutsregionen zu tun haben, die sich aus eigener Kraft kaum noch aus ihrer Armut befreien können werden, kommt Fragen des Bund-Länder-Finanzausgleichs und der solidarischen Unterstützung besonders problematischer Regionen eine besondere Bedeutung zu.

Anhang

Tabelle 5: Regionale Armutsquoten – alphabetisch sortiert nach Bundesländern

Armutsquoten nach Raumordnungsregionen seit 2005 (in %) gemessen am Bundesmedian – alphabetisch sortiert nach Bundesländern								
Bundesland / Raumordnungsregion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Baden-Württemberg								
Bodensee-Oberschwaben	8,9	9,6	9,9	9,6	9,5	10,1	9,8	8,8
Donau-Iller (BW)	11,0	9,2	10,1	8,9	9,4	8,4	8,4	8,2
Heilbronn-Franken	11,5	12,6	12,1	10,2	10,6	11,3	12,4	11,9
Hochrhein-Bodensee	11,0	9,6	9,6	10,2	9,7	10,1	9,2	8,9
Mittlerer Oberrhein	10,5	9,6	9,3	10,3	10,8	10,5	11,1	11,2
Neckar-Alb	11,1	9,6	9,9	11,5	11,4	12,6	11,5	11,6
Nordschwarzwald	10,3	9,6	8,7	9,6	10,4	10,3	10,9	10,5
Ostwürttemberg	11,5	10,4	10,5	10,6	10,5	10,0	11,0	11,8
Rhein-Neckar*	12,2	11,9	13,0	12,6	14,5	14,6	14,0	14,9
Schwarzwald-Baar-Heuberg	10,0	8,5	7,4	8,0	10,5	10,9	11,7	12,5
Stuttgart	9,2	9,2	8,9	9,2	10,0	10,1	10,9	10,3
Südlicher Oberrhein	11,8	11,2	10,6	11,4	11,8	11,4	11,2	11,9
Bayern								
Allgäu	10,3	9,5	10,7	8,7	9,2	8,2	11,4	10,6
Augsburg	11,5	11,5	11,5	12,4	10,8	10,2	10,7	11,1
Bayerischer Untermain	12,2	10,5	11,2	9,5	11,2	11,4	10,8	10,0
Donau-Iller (BY)	12,4	11,4	10,5	10,3	10,5	11,1	10,4	10,5
Donau-Wald	12,2	12,4	12,6	12,9	13,1	12,9	12,6	12,9
Industrieregion Mittelfranken	12,5	12,2	12,7	12,2	12,2	12,0	12,9	12,2
Ingolstadt	9,7	8,6	9,2	8,4	9,2	9,2	9,7	8,9
Landshut	12,8	12,3	11,7	10,6	11,3	10,2	11,2	11,1
Main-Rhön	12,2	13,2	11,2	12,8	14,2	13,2	13,2	14,3
München	8,9	8,0	8,4	8,2	8,6	8,7	9,3	9,3
Oberfranken-Ost	15,7	15,2	15,1	14,5	14,7	14,5	13,4	14,9
Oberfranken-West	12,0	12,5	12,2	12,1	13,2	12,0	12,5	12,5
Oberland	8,4	7,9	7,7	8,7	8,0	7,5	8,2	8,1
Oberpfalz-Nord	13,1	12,1	11,4	10,7	13,8	12,9	11,7	11,7
Regensburg	11,3	11,7	11,8	11,5	12,0	12,4	11,3	11,3
Südostoberbayern	10,8	10,8	10,6	10,9	10,4	9,7	11,9	11,1
Westmittelfranken	12,8	11,5	12,2	13,4	12,6	12,9	14,0	12,8
Würzburg	13,9	14,0	14,4	14,1	13,1	13,5	13,3	13,5
Berlin								
	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	21,1	21,2
Brandenburg								
Havelland-Fläming	17,3	16,4	15,3	12,5	12,9	12,2	13,2	14,4
Lausitz-Spreewald	19,4	18,1	17,2	18,6	18,2	18,8	18,7	20,7
Oderland-Spree	19,8	22,0	18,2	17,6	18,4	16,6	18,6	20,7
Prignitz-Oberhavel	20,6	20,0	19,2	18,8	18,4	17,5	17,3	18,6
Uckermark-Barnim	20,6	20,3	20,6	20,0	18,7	19,4	19,6	19,6
Bremen (hier: Zahlen des Bundeslandes Bremen)								
	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	22,3	23,1
Hamburg								
	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8

Bundesland / Raumordnungsregion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Hessen								
Mittelhessen	15,0	14,4	14,4	14,8	14,6	14,1	14,8	15,3
Nordhessen	14,6	14,8	14,9	15,7	15,3	15,5	15,0	15,5
Osthessen	14,8	13,2	12,8	14,3	12,9	14,5	13,5	14,2
Rhein-Main	11,6	10,5	10,5	11,4	11,0	10,5	11,5	12,0
Starkenburger Land	10,9	10,5	10,7	10,7	11,4	10,9	11,4	12,2
Mecklenburg-Vorpommern								
Mecklenburgische Seenplatte	24,5	23,9	24,6	23,7	26,9	23,8	23,0	24,7
Mittleres Mecklenburg/Rostock	22,2	20,9	21,9	23,6	20,7	20,2	21,6	21,2
Vorpommern	25,9	25,6	27,0	25,7	24,1	24,6	23,9	25,5
Westmecklenburg	23,4	21,3	23,4	23,1	21,8	21,4	20,6	21,0
Niedersachsen* (hier: Mikrozensus-Anpassungsschichten)								
KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch	19,0	16,7	18,0	17,5	19,1
Hannover, Landeshauptstadt	22,2	21,6	21,3	22,6	22,4
KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	16,4	15,9	14,9	15,3	15,4
KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	13,5	14,2	14,9	14,5	16,5
LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	15,6	14,1	14,2	15,0	14,5
LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	13,3	12,5	11,6	12,1	12,5
LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	15,0	16,1	15,3	16,2	13,5
LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	18,7	18,0	18,3	20,1	19,8
LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim	13,6	15,3	16,6	15,5	15,4
Hannover, Umland	13,4	13,0	12,3	12,7	13,0
LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Soltau-Fallingb., LK Verden	15,1	14,0	14,6	14,4	15,2
Nordrhein-Westfalen								
Aachen	16,8	14,8	16,2	16,8	17,0	16,8	17,8	16,7
Arnsberg	13,5	13,0	13,5	12,2	13,2	13,2	14,3	14,1
Bielefeld	13,9	14,3	14,7	14,0	14,7	15,8	15,6	14,7
Bochum/ Hagen	15,1	15,0	16,0	17,0	16,5	17,1	17,7	17,2
Bonn	11,5	11,8	12,0	12,2	11,7	11,5	12,7	13,5
Dortmund	17,4	17,7	18,0	18,2	19,9	19,7	21,6	22,8
Duisburg/ Essen	15,5	14,5	15,8	14,8	16,6	16,0	18,0	18,3
Düsseldorf	13,9	12,4	13,6	13,7	14,4	14,2	16,1	15,8
Emscher-Lippe	17,7	17,4	16,6	17,3	17,4	18,3	19,7	19,7
Köln	13,8	13,3	13,4	14,0	14,7	15,1	16,6	16,6
Münster	11,5	11,5	11,8	12,2	12,4	12,4	13,0	13,6
Paderborn	17,0	14,9	13,8	15,5	14,0	15,4	16,7	14,6
Siegen	9,1	12,2	14,0	12,8	14,1	14,2	14,2	15,2

Bundesland / Raumordnungsregion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Rheinland-Pfalz								
Mittelrhein-Westerwald	14,6	12,8	13,8	15,5	15,0	14,5	15,1	15,2
Rheinhessen-Nahe	13,4	14,1	15,2	15,9	15,6	16,1	16,7	16,2
Rheinpfalz	11,9	11,4	11,5	12,0	12,0	14,1	13,3	13,0
Trier	14,7	14,1	12,7	13,5	13,5	13,9	14,1	12,7
Westpfalz	17,7	14,5	14,1	15,4	14,9	15,7	16,8	15,3
Saarland								
	15,4	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,6	15,8
Sachsen								
Oberes Elbtal/ Osterzgebirge	18,1	18,5	20,1	19,5	19,7	18,6	19,5	18,4
Oberlausitz-Niederschlesien	18,7	17,2	18,8	17,3	17,6	18,0	17,8	17,0
Südsachsen	18,7	17,7	18,2	17,5	18,4	18,4	18,7	17,9
West Sachsen	21,5	20,7	21,9	22,2	21,9	22,7	22,4	22,2
Sachsen-Anhalt								
Altmark	18,9	18,6	19,3	18,4	19,5	18,1	19,8	23,8
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* (2005-2007:Dessau)	22,4	21,9	21,1	23,1	22,3	20,1	19,9	20,3
Halle/Saale	25,6	23,7	22,9	23,9	23,7	21,3	22,5	22,6
Magdeburg	20,3	20,3	20,9	21,0	20,6	18,7	19,2	19,0
Schleswig-Holstein								
Schleswig-Holstein Mitte	15,7	13,4	15,0	16,0	16,3	16,0	16,0	15,8
Schleswig-Holstein Nord	12,6	12,5	11,7	13,7	14,5	13,9	13,2	15,7
Schleswig-Holstein Ost	16,7	16,4	17,6	18,1	19,5	18,1	19,4	17,0
Schleswig-Holstein Süd	8,7	7,8	8,3	8,8	9,3	9,7	9,7	9,9
Schleswig-Holstein Süd-West	18,5	15,8	14,8	12,3	15,5	16,3	15,8	16,4
Thüringen								
Mittelthüringen	20,8	19,9	20,8	20,3	20,3	20,4	17,5	17,7
Nordthüringen	22,0	19,6	20,5	20,1	20,4	20,5	19,3	18,0
Ostthüringen	20,4	20,2	19,0	19,3	17,7	15,7	16,4	17,3
Südthüringen	16,2	15,4	14,9	13,6	14,1	14,4	14,0	14,3
* Für Niedersachsen ist ein durchgehender Vergleich aus methodischen Gründen nicht und bei den ROR Rhein-Neckar sowie Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg nur begrenzt möglich.								
Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.								

Tabelle 6: Regionale Armutsquoten - Ranking nach Raumordnungsregionen

Armutsquoten nach Raumordnungsregionen seit 2005 (in %) gemessen am Bundesmedian – sortiert nach Stand 2012										
Für Niedersachsen und Bremen werden die regionalen Armutsquoten nicht für Raumordnungsregionen, sondern nur für die Mikrozensus-Anpassungsschichten ausgewiesen.										
	Bundesland	Raumordnungsregion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1.	BY	Oberland	8,4	7,9	7,7	8,7	8,0	7,5	8,2	8,1
2.	BW	Donau-Iller (BW)	11,0	9,2	10,1	8,9	9,4	8,4	8,4	8,2
3.	BW	Bodensee-Oberschwaben	8,9	9,6	9,9	9,6	9,5	10,1	9,8	8,8
4.	BW	Hochrhein-Bodensee	11,0	9,6	9,6	10,2	9,7	10,1	9,2	8,9
5.	BY	Ingolstadt	9,7	8,6	9,2	8,4	9,2	9,2	9,7	8,9
6.	BY	München	8,9	8,0	8,4	8,2	8,6	8,7	9,3	9,3
7.	SH	Schleswig-Holstein Süd	8,7	7,8	8,3	8,8	9,3	9,7	9,7	9,9
8.	BY	Bayerischer Untermain	12,2	10,5	11,2	9,5	11,2	11,4	10,8	10,0
9.	BW	Stuttgart	9,2	9,2	8,9	9,2	10,0	10,1	10,9	10,3
10.	BW	Nordschwarzwald	10,3	9,6	8,7	9,6	10,4	10,3	10,9	10,5
11.	BY	Donau-Iller (BY)	12,4	11,4	10,5	10,3	10,5	11,1	10,4	10,5
12.	BY	Allgäu	10,3	9,5	10,7	8,7	9,2	8,2	11,4	10,6
13.	BY	Augsburg	11,5	11,5	11,5	12,4	10,8	10,2	10,7	11,1
14.	BY	Landshut	12,8	12,3	11,7	10,6	11,3	10,2	11,2	11,1
15.	BY	Südostoberbayern	10,8	10,8	10,6	10,9	10,4	9,7	11,9	11,1
16.	BW	Mittlerer Oberrhein	10,5	9,6	9,3	10,3	10,8	10,5	11,1	11,2
17.	BY	Regensburg	11,3	11,7	11,8	11,5	12,0	12,4	11,3	11,3
18.	BW	Neckar-Alb	11,1	9,6	9,9	11,5	11,4	12,6	11,5	11,6
19.	BY	Oberpfalz-Nord	13,1	12,1	11,4	10,7	13,8	12,9	11,7	11,7
20.	BW	Ostwürttemberg	11,5	10,4	10,5	10,6	10,5	10,0	11,0	11,8
21.	BW	Heilbronn-Franken	11,5	12,6	12,1	10,2	10,6	11,3	12,4	11,9
22.	BW	Südlicher Oberrhein	11,8	11,2	10,6	11,4	11,8	11,4	11,2	11,9
23.	HE	Rhein-Main	11,6	10,5	10,5	11,4	11,0	10,5	11,5	12,0
24.	BY	Industrieregion Mittelfranken	12,5	12,2	12,7	12,2	12,2	12,0	12,9	12,2
25.	HE	Starkenburger	10,9	10,5	10,7	10,7	11,4	10,9	11,4	12,2
26.	BW	Schwarzwald-Baar-Heuberg	10,0	8,5	7,4	8,0	10,5	10,9	11,7	12,5
27.	BY	Oberfranken-West	12,0	12,5	12,2	12,1	13,2	12,0	12,5	12,5
28.	NI	LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	13,3	12,5	11,6	12,1	12,5
29.	RP	Trier	14,7	14,1	12,7	13,5	13,5	13,9	14,1	12,7
30.	BY	Westmittelfranken	12,8	11,5	12,2	13,4	12,6	12,9	14,0	12,8
31.	BY	Donau-Wald	12,2	12,4	12,6	12,9	13,1	12,9	12,6	12,9
32.	NI	Hannover, Umland	13,4	13,0	12,3	12,7	13,0
33.	RP	Rheinpfalz	11,9	11,4	11,5	12,0	12,0	14,1	13,3	13,0
34.	BY	Würzburg	13,9	14,0	14,4	14,1	13,1	13,5	13,3	13,5
35.	NI	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	15,0	16,1	15,3	16,2	13,5
36.	NW	Bonn	11,5	11,8	12,0	12,2	11,7	11,5	12,7	13,5
37.	NW	Münster	11,5	11,5	11,8	12,2	12,4	12,4	13,0	13,6
38.	NW	Arnsberg	13,5	13,0	13,5	12,2	13,2	13,2	14,3	14,1
39.	HE	Osthessen	14,8	13,2	12,8	14,3	12,9	14,5	13,5	14,2
40.	HE	Main-Rhön	12,2	13,2	11,2	12,8	14,2	13,2	13,2	14,3
41.	TH	Südthüringen	16,2	15,4	14,9	13,6	14,1	14,4	14,0	14,3
42.	BB	Havelland-Fläming	17,3	16,4	15,3	12,5	12,9	12,2	13,2	14,4
43.	NI	LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	15,6	14,1	14,2	15,0	14,5

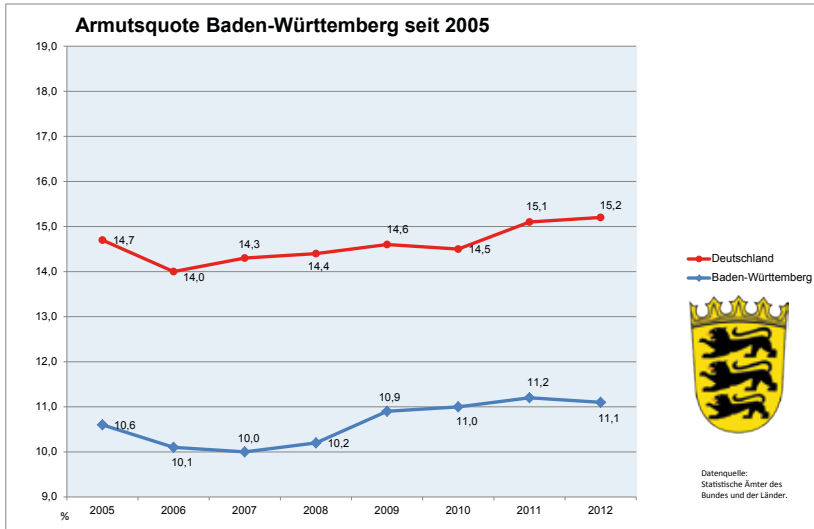
	Bundesland	Raumordnungsregion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
44.	NW	Paderborn	17,0	14,9	13,8	15,5	14,0	15,4	16,7	14,6
45.	NW	Bielefeld	13,9	14,3	14,7	14,0	14,7	15,8	15,6	14,7
46.	HH	Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0	13,3	14,7	14,8
47.	NI	Rhein-Neckar	12,2	11,9	13,0	12,6	14,5	14,6	14,0	14,9
48.	BY	Oberfranken-Ost	15,7	15,2	15,1	14,5	14,7	14,5	13,4	14,9
49.	NI	LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Soltau-Fallingb., LK Verden	15,1	14,0	14,6	14,4	15,2
50.	NW	Siegen	9,1	12,2	14,0	12,8	14,1	14,2	14,2	15,2
51.	RP	Mittelrhein-Westerwald	14,6	12,8	13,8	15,5	15,0	14,5	15,1	15,2
52.	HE	Mittelhessen	15,0	14,4	14,4	14,8	14,6	14,1	14,8	15,3
53.	RP	Westpfalz	17,7	14,5	14,1	15,4	14,9	15,7	16,8	15,3
54.	NI	KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	16,4	15,9	14,9	15,3	15,4
55.	NI	LK Hameln-Pyrmont, LK Holzmin-den, LK Hildesheim	13,6	15,3	16,6	15,5	15,4
56.	HE	Nordhessen	14,6	14,8	14,9	15,7	15,3	15,5	15,0	15,5
57.	SH	Schleswig-Holstein Nord	12,6	12,5	11,7	13,7	14,5	13,9	13,2	15,7
58.	NW	Düsseldorf	13,9	12,4	13,6	13,7	14,4	14,2	16,1	15,8
59.	SL	Saarland	15,4	16,0	16,8	15,8	16,0	14,3	15,6	15,8
60.	SH	Schleswig-Holstein Mitte	15,7	13,4	15,0	16,0	16,3	16,0	16,0	15,8
61.	RP	Rheinhessen-Nahe	13,4	14,1	15,2	15,9	15,6	16,1	16,7	16,2
62.	SH	Schleswig-Holstein Süd-West	18,5	15,8	14,8	12,3	15,5	16,3	15,8	16,4
63.	NI	KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	13,5	14,2	14,9	14,5	16,5
64.	NW	Köln	13,8	13,3	13,4	14,0	14,7	15,1	16,6	16,6
65.	NW	Aachen	16,8	14,8	16,2	16,8	17,0	16,8	17,8	16,7
66.	SN	Oberlausitz-Niederschlesien	18,7	17,2	18,8	17,3	17,6	18,0	17,8	17,0
67.	SH	Schleswig-Holstein Ost	16,7	16,4	17,6	18,1	19,5	18,1	19,4	17,0
68.	NW	Bochum/ Hagen	15,1	15,0	16,0	17,0	16,5	17,1	17,7	17,2
69.	TH	Ostthüringen	20,4	20,2	19,0	19,3	17,7	15,7	16,4	17,3
70.	TH	Mittelthüringen	20,8	19,9	20,8	20,3	20,3	20,4	17,5	17,7
71.	SN	Südsachsen	18,7	17,7	18,2	17,5	18,4	18,4	18,7	17,9
72.	TH	Nordthüringen	22,0	19,6	20,5	20,1	20,4	20,5	19,3	18,0
73.	NW	Duisburg/ Essen	15,5	14,5	15,8	14,8	16,6	16,0	18,0	18,3
74.	SN	Oberes Elbtal/ Osterzgebirge	18,1	18,5	20,1	19,5	19,7	18,6	19,5	18,4
75.	BB	Prignitz-Oberhavel	20,6	20,0	19,2	18,8	18,4	17,5	17,3	18,6
76.	ST	Magdeburg	20,3	20,3	20,9	21,0	20,6	18,7	19,2	19,0
77.	NI	KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch	19,0	16,7	18,0	17,5	19,1
78.	BB	Uckermark-Barnim	20,6	20,3	20,6	20,0	18,7	19,4	19,6	19,6
79.	NW	Emscher-Lippe	17,7	17,4	16,6	17,3	17,4	18,3	19,7	19,7
80.	NI	LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	18,7	18,0	18,3	20,1	19,8

	Bundesland	Raumordnungsregion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
81.	ST	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (2005-2007: Dessau)	22,4	21,9	21,1	23,1	22,3	20,1	19,9	20,3
82.	BB	Lausitz-Spreewald	19,4	18,1	17,2	18,6	18,2	18,8	18,7	20,7
83.	BB	Oderland-Spree	19,8	22,0	18,2	17,6	18,4	16,6	18,6	20,7
84.	MV	Westmecklenburg	23,4	21,3	23,4	23,1	21,8	21,4	20,6	21,0
85.	BE	Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0	19,2	21,1	21,2
86.	MV	Mittleres Mecklenburg/Rostock	22,2	20,9	21,9	23,6	20,7	20,2	21,6	21,2
87.	SN	Westsachsen	21,5	20,7	21,9	22,2	21,9	22,7	22,4	22,2
88.	NI	Hannover, Landeshauptstadt	22,2	21,6	21,3	22,6	22,4
89.	ST	Halle/Saale	25,6	23,7	22,9	23,9	23,7	21,3	22,5	22,6
90.	NW	Dortmund	17,4	17,7	18,0	18,2	19,9	19,7	21,6	22,8
91.	HB	Bremen*	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1	21,1	22,3	23,1
92.	ST	Altmark	18,9	18,6	19,3	18,4	19,5	18,1	19,8	23,8
93.	MV	Mecklenburgische Seenplatte	24,5	23,9	24,6	23,7	26,9	23,8	23,0	24,7
94.	MV	Vorpommern	25,9	25,6	27,0	25,7	24,1	24,6	23,9	25,5

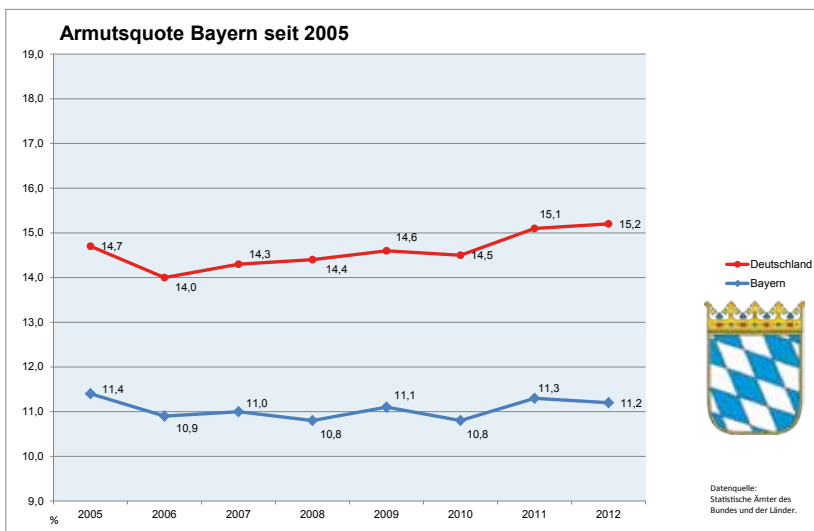
* hier: Zahlen des Bundeslandes Bremen

Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

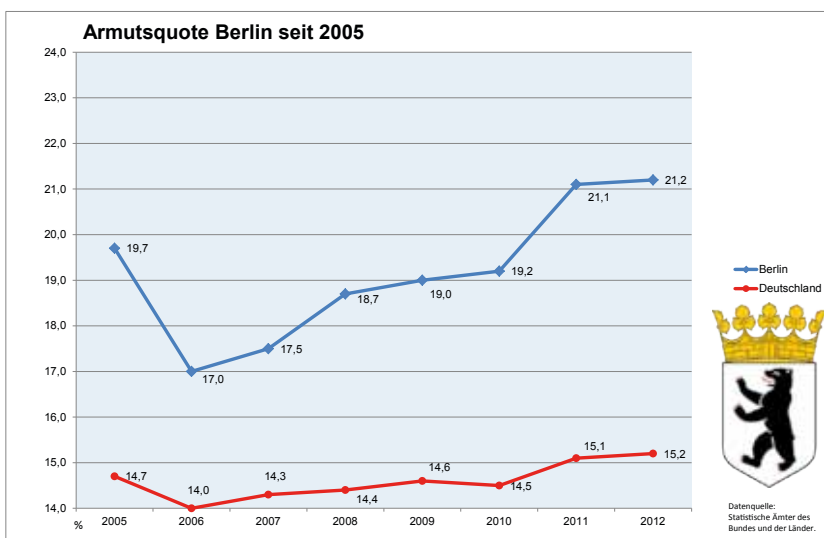
Grafik 7: Armutsquote Baden-Württemberg (in %)



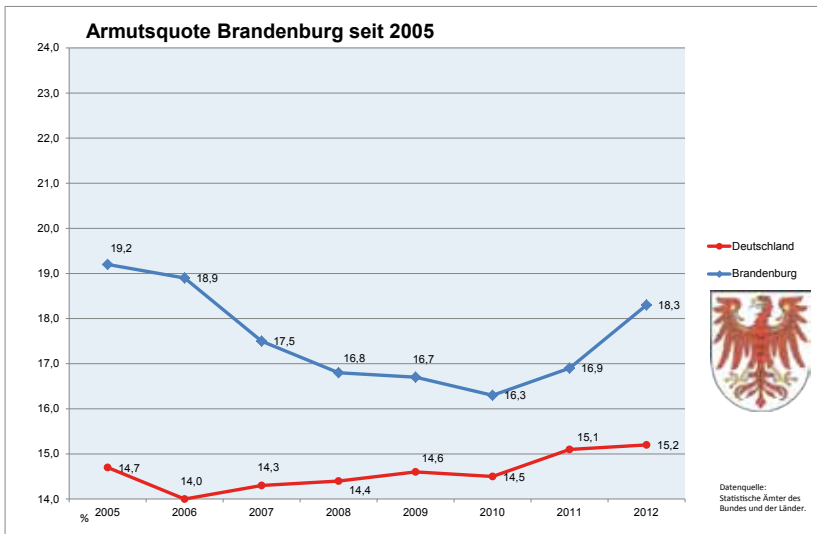
Grafik 8: Armutsquote Bayern (in %)



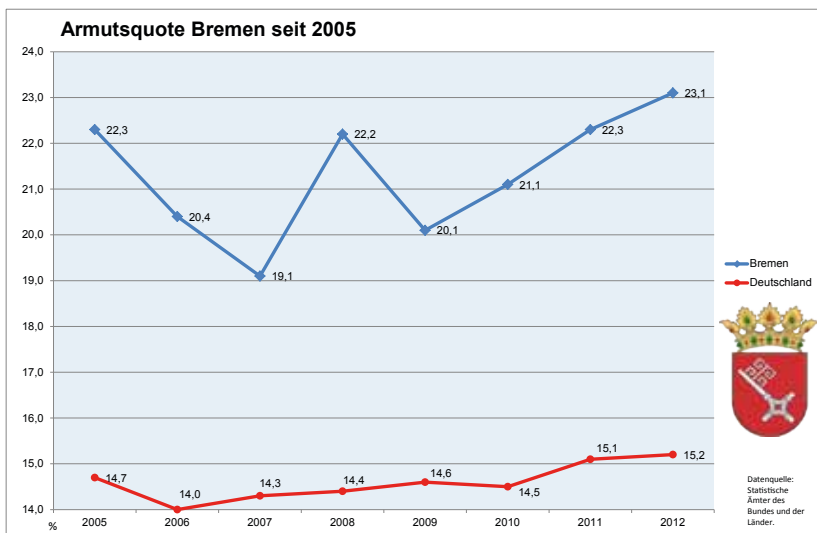
Grafik 9: Armutsquote Berlin (in %)



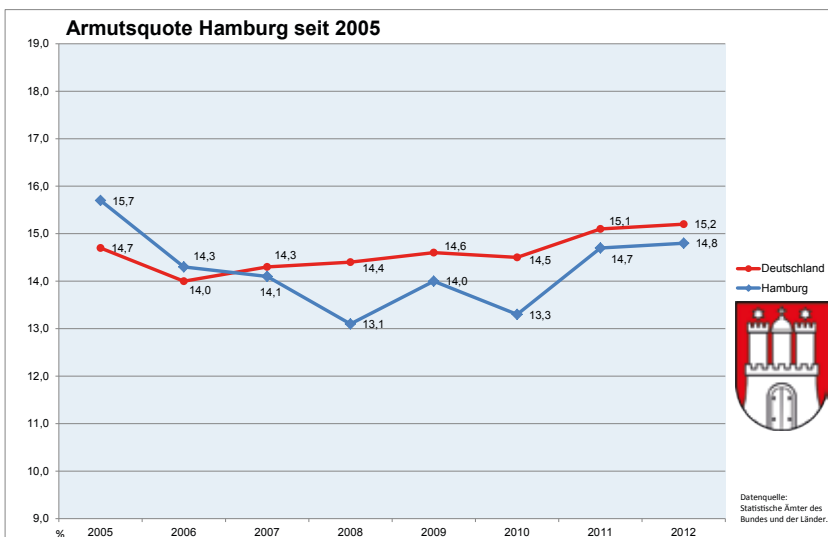
Grafik 10: Armutsquote Brandenburg (in %)



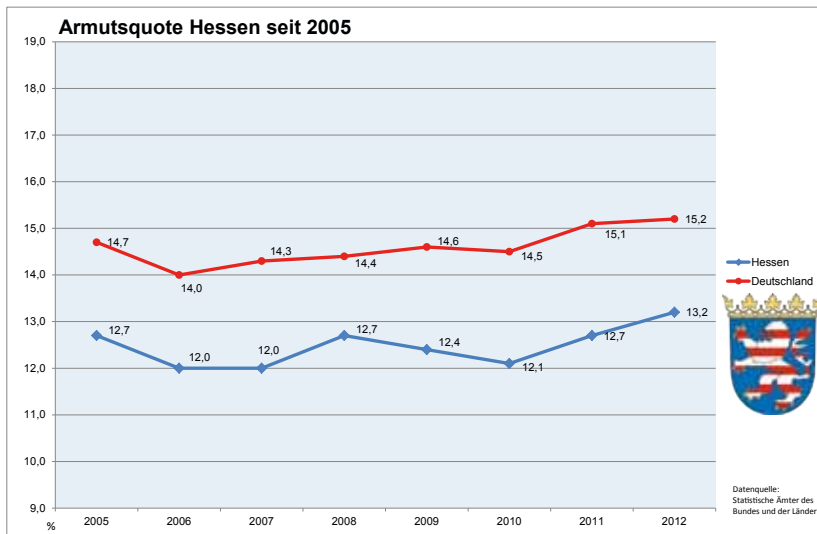
Grafik 11: Armutsquote Bremen (in %)



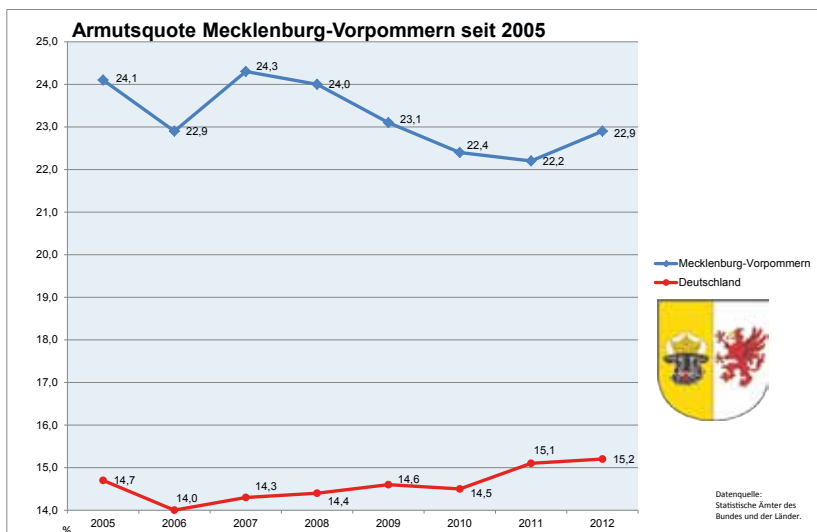
Grafik 12: Armutsquote Hamburg (in %)



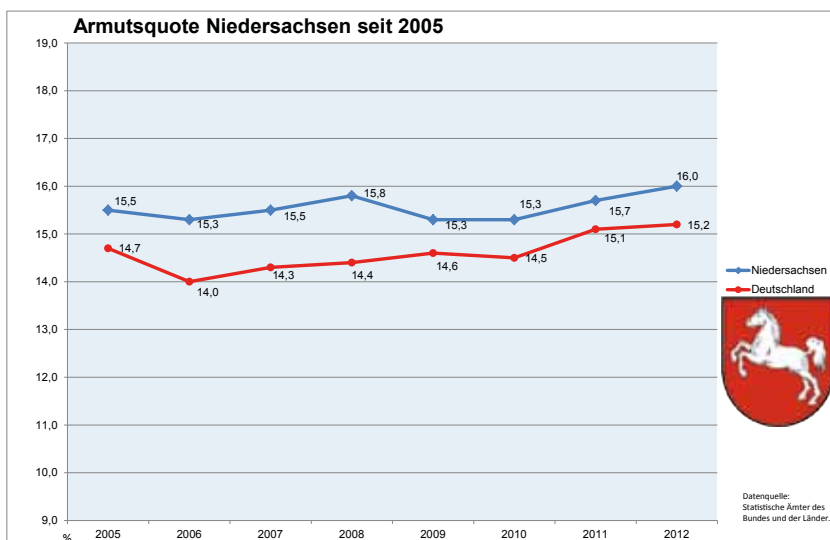
Grafik 13: Armutsquote Hessen (in %)



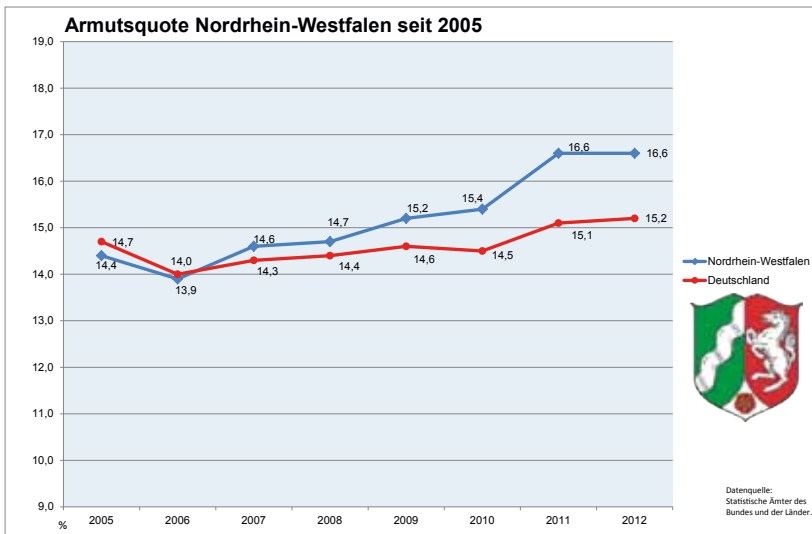
Grafik 14: Armutsquote Mecklenburg-Vorpommern (in %)



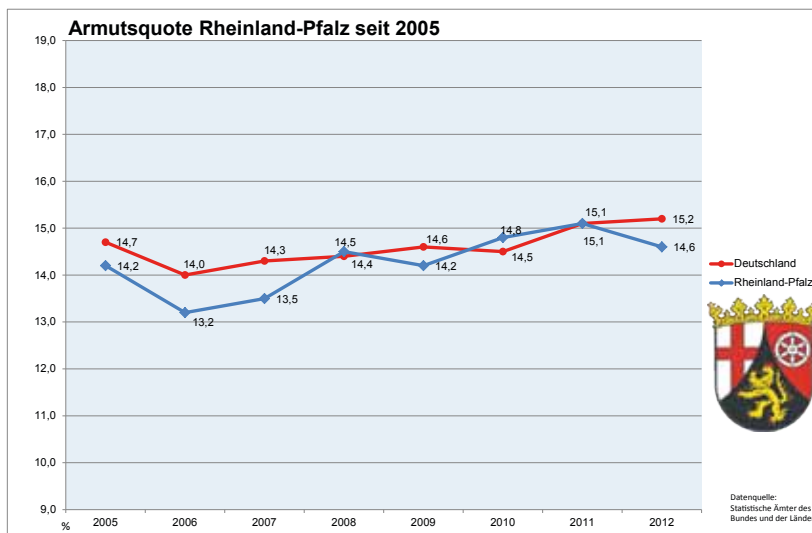
Grafik 15: Armutsquote Niedersachsen (in %)



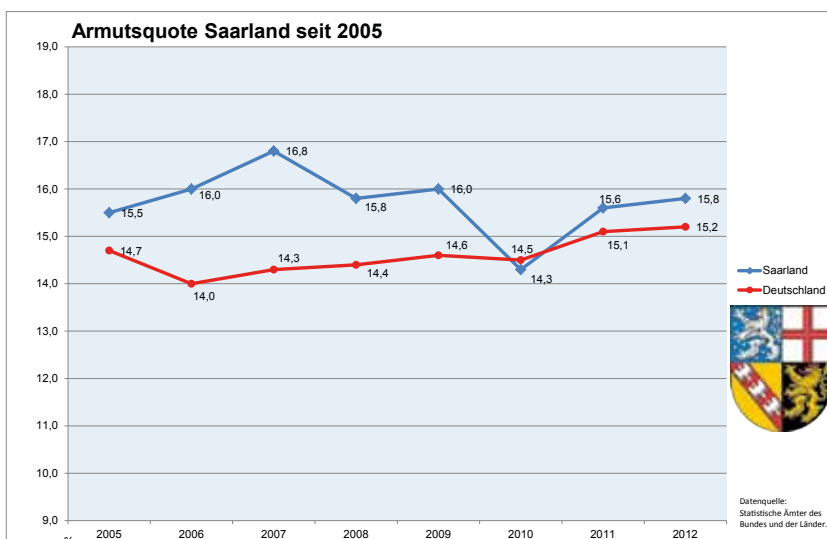
Grafik 16: Armutsquote Nordrhein-Westfalen (in %)



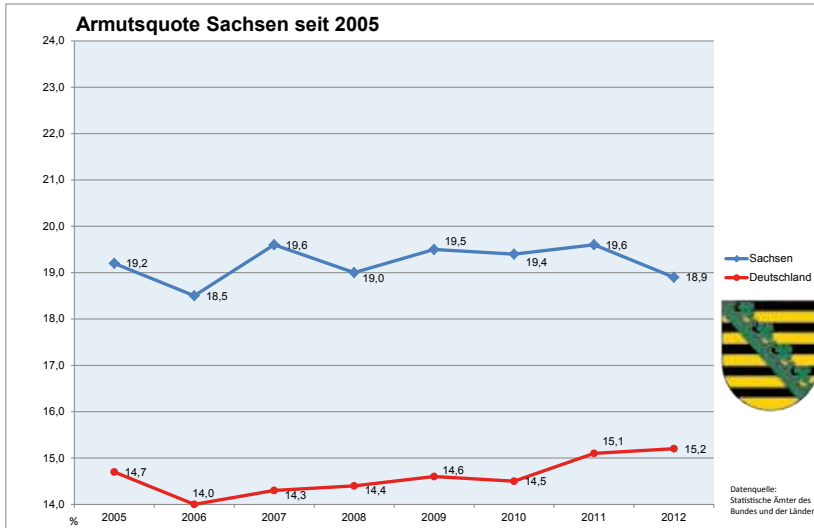
Grafik 17: Armutsquote Rheinland-Pfalz (in %)



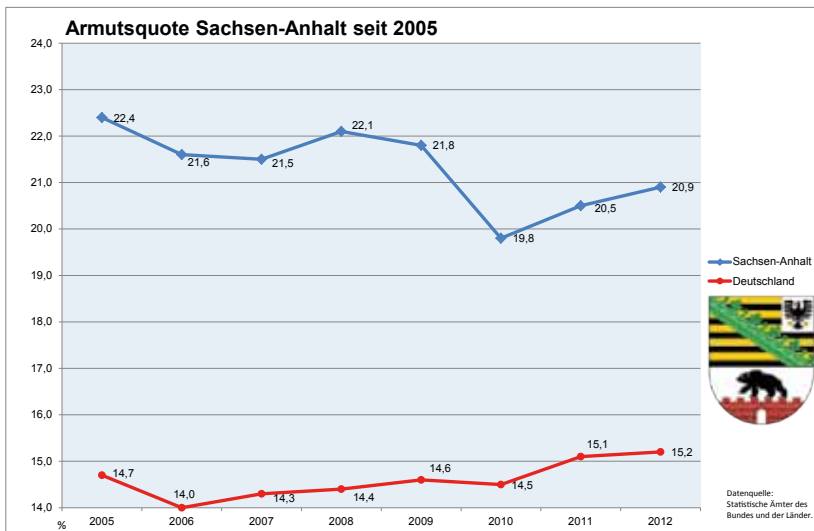
Grafik 18: Armutsquote Saarland (in %)



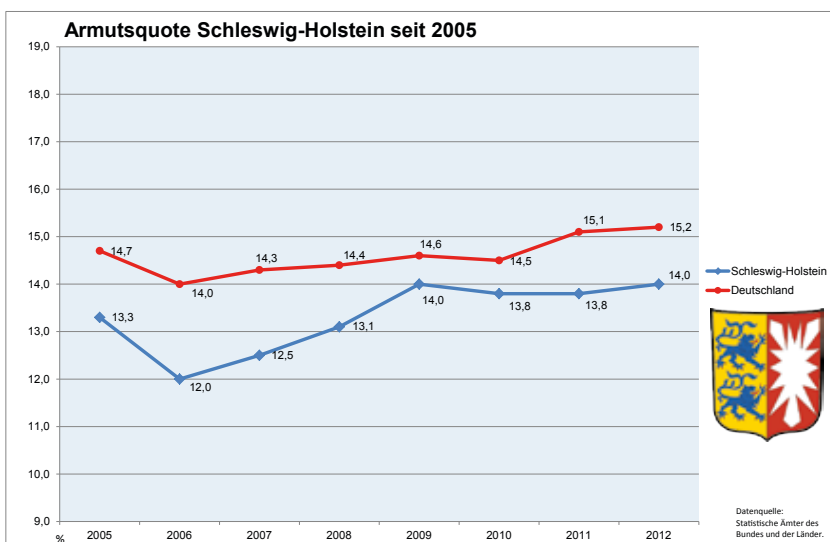
Grafik 19: Armutsquote Sachsen (in %)



Grafik 20: Armutsquote Sachsen-Anhalt (in %)



Grafik 21: Armutsquote Schleswig-Holstein (in %)



Grafik 22: Armutsquote Thüringen (in %)

